

Artikel vom 18.01.2023

Bürgerstammtisch in der Pizzeria "Da Maria"

Bürgermeister Stefan Breuer informiert zu brandaktuellen Themen



Aktuelle Informationen aus erster Hand durch das Gemeindeoberhaupt gab es wieder beim jüngsten Bürgerstammtisch der Oberkotzauer CSU. CSU-Ortsvorsitzender Andreas Pöhlmann dankte eingangs Stefan Breuer für die regelmäßigen Informationen an interessierte Gemeindebürger. Der 1,73 Kilometer lange Flusseradweg wird von der Schwarzen Brücke in Oberkotzau bis zur Gemeindegrenze nach Döhlau asphaltiert. Die Ausbaubreite betrage 2,5 bis drei Meter. Trotz einer erwarteten 68,5%-igen Förderung kommt noch immer ein Eigenanteil von 270.000 Euro auf die Marktgemeinde Oberkotzau zu. Die ehemalige Nordfränkische Melasse-Brennerei stelle ein Risiko für die Allgemeinheit dar! Allein diverse Zisternen, offen zugängliche Gebäudeteile, deren Statik auch einen Einsturz vermuten lasse, stelle in dem primär für Bahnfahrer gut sichtbaren Gebäudekomplex eine Gefahr für die Allgemeinheit dar, so Bürgermeister Stefan Breuer. „Der Markt Oberkotzau wird daher als Sicherheitsbehörde zunächst auf eigene Kosten das Gelände mit einem Zaun sichern“, darüber hat Breuer jüngst die Marktgemeinderäte informiert. Das Gebäude sei nicht im Besitz des Freistaats Bayern, sondern rechtlich gesehen noch im Besitz einer nicht handlungsfähigen Gesellschaft. Der Rathauschef berichtet weiter über ein brandaktuelles Thema: Wie in den Medien bereits berichtet, sollen in den fünf größten Gemeinden im Landkreis Hof mehr Unterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden. Favorisiert werden dabei primär Containerlösungen. Oberkotzau halte als sechstgrößte Kommune im Landkreis seit Jahren bereits ein überdurchschnittliches Maß an Aufnahmekapazitäten vor. „Wir können nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen!“, bilanzierte Bürgermeister Stefan Breuer die aktuelle Entwicklung mit einem gleichzeitigen Hinweis auf eine faire Verteilung auf alle Kommunen. Am 1. Februar 2023 tritt das sogenannte „Wind-an-Land-Gesetz“ in Kraft. Binnen fünf Jahren muss Bayern 1,1 Prozent seiner Landesfläche für Windenergie zur Verfügung stellen, in zehn Jahren 1,8 Prozent. Der Regionale Planungsverband Oberfranken Ost prüfe, wo weitere geeignete Flächen denkbar wären. Obwohl der Landkreis Hof schon massiv auf Windkraft setze, sei das vorgegebene Ziel noch nicht erreicht, so Bürgermeister Stefan Breuer.